

Auszug aus:



[...]

VertreterInnen von Staat und Kapital, die sich einen fortschrittlichen Anstrich geben wollen, betonen die Differenz von bürgerlicher Demokratie und Faschismus und versuchen, ihre Relativierungen der Verbrechen in zweideutige Formulierungen zu verpacken. [...]

Die Entwertung des Menschen, wie sie im NS-Faschismus und in Auschwitz ihr schrecklichstes Ausmaß erreichte, ist in der kapitalistischen Produktionsweise selbst begründet. Im Mittelpunkt der kapitalistischen Produktionsweise steht das Verwertungsinteresse des Kapitals, das Ziel der Profitmaximierung, dem Mensch und Natur unterworfen werden müssen.

Kapitalistische Herrschaft kann verschiedene Formen annehmen, je nach historischer Situation kann sie auf Massenakzeptanz aufgebaut sein oder unabhängig davon funktionieren. Der Faschismus stellt dabei die Zuspitzung, die unmenschlichste Form der bürgerlichen Herrschaft dar. Ob sie für das Kapital nötig ist, hängt vom Stand der Klassenkämpfe bzw. von den sozialen Auseinandersetzungen und vom erreichten Maß der Integration ab. Die Erscheinungsformen des Faschismus können sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte ändern. Die im BürgerInnenentum nach den Niederlagen des Faschismus vorherrschende Auffassung, mit liberaleren Formen, z. B. der repräsentativen Demokratie sei die Herrschaft effizienter zu gestalten, verliert heute wieder an Bedeutung. Die Entwicklung zu einer neuen, an die technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen angepassten faschistischen Herrschaftsform verläuft widersprüchlich, ist nicht absolut und endgültig. Diese Veränderungen der Herrschaftsformen finden langfristig und bruchstückhaft dort statt, wo der Widerspruch bzw. der Widerstand am geringsten ist und schließen gegenläufige Tendenzen in anderen gesellschaftlichen Bereichen nicht aus.

Solange faschistische Strukturen im Kapitalismus nur unterschwellig, einzeln und unverbunden auftreten, bewirken sie noch keine alles umfassende faschistische Ordnung der kapitalistischen Verhältnisse. Es ist schwierig sich über den faschistoiden oder gar faschistischen Charakter einer Maßnahme oder eines Gesetzes zu verständigen, wenn die bürgerliche Demokratie anscheinend zivilisiert daherkommt und sich mit scheinbar moderner, sauberer Technik verbindet. Außerdem nützen – beschränkt betrachtet – die heutigen Überwachungstechnologien den Individuen bei der Bewältigung ihres immer verdichte-

teren und intensiver ausgebeuteten Alltags und helfen, ebenso oberflächlich betrachtet, die alltägliche Demütigung bzw. Unterdrückung zu verdrängen und scheinbar lustvoll zu kompensieren. Ignoriert wird dabei, dass das totalitäre Potenzial dieser Technologien das der Techniken des NS-Faschismus längst um ein vielfaches übersteigt.

Kapitalistische Konkurrenz und Leistungsdenken drücken sich in der Ellenbogengesellschaft aus, in der jede und jeder nur um den eigenen Vorteil kämpfen soll. Solidarität ist in der deutschen Sprache ein Fremdwort und es wird in der deutschen Gesellschaft zum immer fremderen Wort. [...] Jedoch nur wenn Menschen solidarisch miteinander sind und sich in sozialen Kämpfen behaupten, können sie faschistoide Tendenzen abwehren und sich Freiräume eröffnen.

Aus der Mitte des BürgerInnenentums kommen faschistische Tendenzen, die sich im wesentlichen nur dadurch von den Positionen der Neonazis unterscheiden, dass sie im Tonfall und in der Wortwahl in der Regel weniger aggressiv vorgetragen werden. Das heißt, die Neonazis sagen deutlicher und aufgrund der fehlenden rhetorischen Rücksichtnahme zuspitzter, was auch die ProtagonistInnen des deutsch-national-reaktionären Geschichtsrevisionismus aus der Mitte des BürgerInnenentums denken, es sich aber so (noch) nicht (wieder) zu sagen trauen, weil sie auf ihr Image und ihre (internationalen) Geschäfte Rücksicht nehmen. Große Teile des Bürgertums drücken bei direkter Gewaltausübung der Neonazis beide Augen zu. Wenn es zu heftig wird sind Lichterketten angesagt. Die *strukturelle* faschistische Gewalt kommt aus der Mitte des Bürgertums. [...]

»Gleichmacherei« ist in Deutschland eine Methode der Relativierung des NS-Faschismus. Opfer des industriellen Massenmordes in Auschwitz werden mit Opfern von Bombenangriffen der Alliierten gleichgesetzt. Die Sowjetunion wird durch die Gleichsetzung mit dem Deutschen Reich herabgewürdigt (Stichwort: Totalitarismus) anstatt ihre Rolle als Befreier vom NS-Faschismus zu würdigen. Während noch weihevoll Reden zum 60. Jahrestag des Kriegsende gehalten werden, wird längst versucht, die Opfer der Bomben der Alliierten gegen die Opfer der deutschen Vernichtungsmaschinerie aufzurechnen.

Die Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 8. Mai 1985 gilt der bürgerlichen Mitte als Musterbeispiel differenzierter Geschichtsbetrachtung, weil Weizsäcker feststellte, dass der 8. Mai ein Tag der Befreiung ist. Er tat dies aber indem er die Deutschen gleichzeitig in Opfer Hitlers verbandelte, – dem sie bei der Vernichtung der JüdInnen als Werkzeug dienten –, und zu Opfern der Alliierten: »Niemand will um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. (...) Die anderen Völker wurden zunächst Opfer eines von Deutschland ausgehenden Krieges, bevor wir selbst zu Opfern unseres eigenen Krieges wurden. (...) Bei uns selbst wurde das Schwerste den Heimatvertrie-

benen abverlangt.«<sup>1</sup> JüdInnen und KZ-Opfer sind in dieser inhumanen Logik keine Deutschen und es ging ihnen besser als den so genannten Heimatvertriebenen. Eine grausame Verharmlosung.

[...] Die Neonazis sprechen mit ihrem Motto für ihren Aufmarsch am 8. Mai 2005 in Berlin »60 Jahre Befreiungslüge – Schluss mit dem Schuldult« nur offen aus, was viele in der Mitte der Gesellschaft denken. [...]

Rassistische Ausgrenzung ist ein Wesensmerkmal der Festung EU-Europa. Ob Menschen herein dürfen hängt ab von ihrer Vernutzbarkeit fürs Kapital. Faschismus braucht heute keine Uniformen. Er kommt wissenschaftlich und im weißen Kittel daher und hat dabei die gleiche unmenschliche, vernichtende Wirkung. Entwicklungen von Technik und Wissenschaft, die tödliche Konsequenzen haben, werden oftmals von sogenannten (Bio)Ethikkommissionen begleitet. Wie der NS-Faschismus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen in einer Phase der deutschen Kriegswirtschaft entsprach, so entspricht heute die faschistoide Tendenz insbesondere in den kapitalistischen Zentren den veränderten, sich fortentwickelnden Produktivkräften, die menschenvernichtendes Denken erzwingen. Das alte Menschenbild der bürgerlichen Aufklärung und der Französischen Revolution mit seinem individuellen Freiheitsversprechen steht dabei im Weg, denn es schuf Werte, die heute die Weiterentwicklung der Produktivkräfte behindern. [...]

[Die] auf Technikentwicklung basierende mögliche totalitäre Herrschaftsform des Kapitalismus in Staaten mit repräsentativer scheidemokrati-

Sowohl NS-Faschismus wie **Technofaschismus** sind totalitäre kapitalistische Herrschaftsformen. Der Technofaschismus zeichnet sich durch eine totale Unterwerfung aller Menschen bis in den letzten Winkel des Alltags aus. Dieses allumfassende Potenzial von Überwachung und Lenkung wird nahezu unsichtbarer Normalzustand von Unterdrückung und Selektion, übertüncht durch tatsächliche und scheinbare Erleichterungen bei Arbeit und Konsum. Im Gegensatz dazu konnten im NS-Faschismus die Repressionen und die Vernichtung von Menschen, vor allem die millionenfache Verschleppung und industriell organisierte Ermordung von JüdInnen wahrgenommen werden.

Der Technofaschismus wäre eine Herrschaftsform des Kapitals, die auf dem *im Kapitalismus* nicht aufhebbaren, alle Lebensbereiche durchziehenden Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital beruht. Aber die Totalität von Integration, Repression, Unterdrückung und Vernichtung durch die herrschende Klasse wird in immer neuer Weise durchbrochen: der Grundwiderspruch ermöglicht objektive und subjektive Widerstandsgrundlagen, verhilft Menschen zu Erkenntnissen und zu Handlungsspielräumen, kann aber schließlich nur durch eine soziale Revolution überwunden werden.

scher Fassade, die ohne politisch-rechtlichen Legalitätsbruch bei Bedarf in den Ausnahmezustand übergehen können, ist **Technofaschismus**.

Am Beginn seiner Herrschaft musste das BürgerInnenentum zur Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse das Individuum erst aus den Abhängigkeits- und Zwangsverhältnissen der feudalen Gesellschaft befreien. Da die ArbeiterInnen aber keine Produktionsmittel besitzen, sind sie davon abhängig ihre Arbeitskraft dem Kapital für Lohn zu verkaufen. Soziale Ungleichheit ist die Grundlage für die Profitmaximierung des Kapitals. [...]

Mit der Gentechnologie zielt das Kapital nicht mehr nur auf die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft, sondern auf die stoffliche Seite des Körpers der Menschen. Sie werden zur Ressource, zum Produktionsmittel. Menschliche Zellen, Stoffwechselprozesse, Organe werden zum Rohstoff des Produktionsprozesses (z. B. beim Klonen), die Planungen von Menschenzucht – nicht nur der NS-FaschistInnen – gewinnen mit der Bioethik Konturen. Die Bioethik dient als Legitimationswissenschaft für die Gen- und Reproduktionstechnologie und wurde zu einer modernen Form der NS-Rassenhygiene. [...]

Die Entwertung des Menschen wird mit der Bioethik auch dadurch vorangetrieben, dass als lebenswert nur gilt, wer nützlich ist und dem kapitalistischen Verwertungsinteresse unterworfen werden kann. Abweichendes soziales Verhalten gerät ebenso ins Visier der mörderischen Bioethik wie Kranke, Alte, Behinderte. Die Grenzen, in denen Euthanasie erlaubt wird, werden systematisch gedehnt. Nur wer seine Arbeitskraft noch als Ware zu Markte tragen kann, soll ein Recht auf Unterstützung und auf medizinische (Reparatur)Leistungen haben. Menschen die Widerstand leisten, werden viel zu oft schon als psychisch krank stigmatisiert.

Der Preis der Ware Arbeitskraft wird immer weiter unter ihren Wert gedrückt; so genannte Niedriglohnsektoren ständig ausgeweitet. Die Einführung von Zwangsarbeit für Erwerbslose ist sozialer Terror und knüpft an den Reichsarbeitsdienst an. Dass Menschen zur Arbeit gezwungen werden sollen, ist heute wieder mehrheitsfähig. Die Zwangsarbeitskonzepte werden von der deutschen Einheitspartei von SPD/Grünen/CDU/CSU/FDP bis hin zur PDS getragen.

Die weltweite Ausbeutung der unterentwickelt gehaltenen Länder des Trikont, der sogenannten Dritten Welt, wie die vieler Länder des ehemaligen RGW-Blocks nimmt wieder kriegerische Züge an. Um die imperialistischen Interessen Deutschlands durchzusetzen wurde und wird die Bundeswehr zur weltweiten Interventionsarmee umgeformt und modernisiert, ihre Mitglieder indoktriniert und ideologisch brutalisiert. Das gilt nicht mehr nur für das *Kommando Spezialkräfte* (KSK), das geheim operierende Mordkommando der Bundeswehr, das jahrelang von Reinhard Günzel, der offen rechtsextremistische Positionen vertritt, auch nach den Methoden der Waffen-SS kommandiert wurde<sup>4</sup>. Die besondere inhumane Qualität des KSK soll auf die ganze Bundeswehr

ausgeweitet werden. Heeresinspekteur Generalmajor Budde demonstrierte am 29. Februar 2004 sein faschistoides Denken als er verlangte: »Wir brauchen den archaischen Kämpfer« – also völlig enthemmte Krieger mit animalischen Eigenschaften – »und den, der den High-Tech-Krieg führen kann«<sup>5</sup>.

Längst ist in der Bundeswehr ein »Kämpfer-Kult« etabliert, der die Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr als Maß aller Dinge definiert. Der »allzeit bereite, selbstlos dienende und unbedingt gehorchende Kämpfertyp wird zur fraglos akzeptierten Norm«, stellt das *Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik* an der Universität Hamburg in einer Anfang 2004 veröffentlichten Studie fest.<sup>6</sup> Diese enthemmte Militarisation soll Seite an Seite mit einer Einschränkung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit marschieren: Der ehemalige Heeresinspekteur Gudera forderte, die »Diskriminierung« »Soldaten sind Mörder« bis zum 50jährigen Jubiläum der Bundeswehr zu beenden.<sup>7</sup>

Dass Foltern und Gefoltertwerden bei imperialistischen Kriegseinsätzen zum Repertoire der SoldatInnen gehört, wird unausgesprochen akzeptiert. Den SoldatInnen wird vermittelt, dass es »keinen Freibrief« dafür gibt, »schon bei der leisesten Andeutung von Folter sein Wissen oder sich selbst preiszugeben«. Stattdessen soll der Soldat »auf die schnelle Regenerationsfähigkeit des eigenen Körpers vertrauen, die erfahrungsgemäß immer unterschätzt wird.«<sup>8</sup> [...]

Die imperialistischen Ambitionen wie sie von der Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD und so genannten, vom deutschen Staat finanzierten, »raumwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen« vertreten werden, tragen faschistoide Züge und erinnern an das »Lebensraum«-Konzept der Nazis.<sup>9</sup>

Um den imperialistischen NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien zu rechtfertigen, relativierte Außenkriegsminister Joseph Fischer mit seiner Lüge, die Vorgänge im Kosovo ähnelten denen in Auschwitz, den Massenmord an Millionen von Menschen. Die Relativierung von Auschwitz mit der Absicht, einen imperialistischen Krieg zu rechtfertigen stellte eine Zäsur in der Nachkriegsgeschichte der BRD dar, wie kein Neonazi sie je hätte durchsetzen können. [...]

Angeblich gilt im bürgerlichen Rechtsstaat die Unschuldsvermutung. Die technischen Möglichkeiten der DNA-Analyse – zum Beispiel die Methode des *genetischen screenings* – werden zur Umkehrung der Unschuldsvermutung genutzt. Menschen müssen beweisen, dass sie unschuldig sind, nicht Staat und Polizei, dass sie schuldig sind. Die gleiche Logik liegt in der Vernichtung von Privatsphäre beispielsweise durch die flächendeckende Videoüberwachung. Potenziell ist jede und jeder verdächtig und muss erfasst und überwacht werden, ein charakteristisches Merkmal von Diktaturen.

Die mit der unveräußerlichen Würde des Menschen verbundene informationelle Selbstbestimmung als das Recht, selbst darüber zu entscheiden, wie und wann Informationen über den

persönlichen Lebensbereich anderen bekannt werden, wird weggefegt. Nach einer DNA-Analyse wissen die Herrschenden über spezifische Eigenschaften eines Menschen, zum Beispiel über die Möglichkeit, bestimmte Krankheiten zu bekommen, besser Bescheid als die Betroffenen.

Die Abschaffung von Grundrechten wird unter anderem damit verschleiert, dass glaubhaft gemacht wird, verfolgt werden nur die anderen. »Es betrifft mich ja nicht« ist die dumme, egoistische und unsolidarische Grundhaltung der Mehrheit. [...]

Unter dem Vorwand, Naziaufmärsche besser verhindern zu können, weitet der Staat Demonstrationsverbote immer stärker aus. In der Praxis betreffen Demonstrationsverbote die Naziaufmärsche weniger als vielmehr – und so sind die Verbote gemeint – die Demonstrationen linksradikaler, antifaschistischer Gruppen und Bündnisse. Für diese gilt vielerorts in dieser »Demokratie« ein unausgesprochenes, faktisches Demonstrationsverbot. Die Herrschenden verfügen mit ihren demokratiefeindlichen Auflagen und inoffiziellen Bannteilen um ihre Herrschaftseinrichtungen, dass Demonstrationen, die sie kritisieren, weitentfernt stattfinden, damit sie »vom Pöbel« nicht belästigt werden.

Antisemitische Stereotypen prägen die nationale Formierung, die sich im Interesse des Kapitals vollzieht. Auch wenn sich die Neonazis antikapitalistisch verkleiden, transportieren sie damit doch nur ihren Antisemitismus. Das klassische antisemitische Stereotyp vom angeblich guten (nationalen) produktiven Kapital und dem angeblich schlechten (internationalen) raffenden, jüdischen Finanzkapital ist in der Mitte des BürgerInnenentums fest verankert.

Ein Prozess der Faschisierung der Gesellschaft ist kein Automatismus. Solange Menschen solidarisch Widerstand leisten, bleiben dem kapitalistischen Verwertungsinteresse Schranken gesetzt. Gemeinsam können Vorstöße zur Entwertung des Menschen erfolgreich bekämpft werden.

Auf der einen Seite ist es richtig und notwendig, neofaschistische Gruppen und Organisationen auf der Straße zu bekämpfen. Andererseits müssen wir faschistischem Gedankengut den Boden entziehen, indem wir gegen die Kapitalverwertung kämpfen und gegen die IdeologInnen und MittläuferInnen in der Mitte der Gesellschaft, sowohl in den staatlichen Strukturen als auch in der sogenannten guten Gesellschaft.

Wir müssen uns gemeinsam der Entwertung des Menschen widersetzen und ein humanes, freies, selbstbestimmtes Bild vom Menschen verteidigen. Dieser Kampf ist Teil des Kampfes für soziale Gleichheit und für eine umfassende soziale Emanzipation des Menschen, die die Abschaffung des Kapitalismus und auf diese Weise die Entwurzelung des Faschismus voraussetzt.

**Stellungnahme des BundessprecherInnenrates (BSR) der Ökologischen Linken** im April 2005